



Sandra Hess in ihrem Zuhause in Nidau: Der Stern war ein Abschiedsgeschenk seitens des Stedlis.
Quelle: Carole Lauener

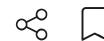


Abtretende Stapi im Interview

Sandra Hess an Biel: «Verkauft uns das Land für einen Franken»

Zwölf Jahre lang stand Nidau unter der Ägide von FDP-Frau Sandra Hess. Nun, an Silvester, ist ihr letzter Tag im Amt: Ein Rückblick mit neuen Ideen für alte Probleme.

[Simon Leray](#) | [Werner De Schepper](#)



Publiziert: 31.12.2025, 06:00 Uhr



Artikel hören



Sandra Hess, Sie kommen gerade aus dem Wallis. Müssten Sie nicht eher im Berner Oberland Präsenz markieren – im Hinblick auf die Nationalratswahlen 2027?

Es gibt Momente, da muss man auch abschalten und nicht nur an Politik denken. Wir gehen seit 25 Jahren ins Wallis – nach Crans-Montana. Das Berner Oberland ist auch wunderschön, aber irgendwie hat es sich so ergeben. Das Wallis hat uns gefunden, nicht wir das Wallis.

Auf dem Klingelschild stehen auch die Namen Ihrer erwachsenen Töchter. Ist das der neue Trend, Hotel Mama?

Nein, das ist unserer komfortablen Wohnsituation geschuldet. Wir haben ein grosses

Haus mit drei Wohnungen. Beide haben bis vor Kurzem studiert, jetzt sind sie fertig. Da hat es sich gut ergeben, dass sie in der mittleren Wohnung waren, wir in der unteren. So konnten sie ihr Geld für andere Dinge sparen.

Gibt das keinen Knatsch?

Nein, wir haben ein sehr familiäres Verhältnis und das Zusammenleben funktioniert sehr gut.

Haben Sie Ihren Kindern den Freisinn eingimpft?

Sie sind beide schon für die FDP auf der Stadtratsliste angetreten und haben sich dem Freisinn zugewandt. Für sie gehört politisches Engagement einfach dazu. Sie sind sehr politisch aufgewachsen – nicht nur meinetwegen, sondern, weil wir als Unternehmerfamilie mit einem KMU schon immer sehr nahe an der Politik waren. Man fragt sich ständig, was eine Entscheidung für Auswirkungen auf uns als Arbeitgeber, für den Betrieb und die Arbeitnehmenden bedeutet.

Bei Ihnen ändern sich gerade viele Dinge: Die Kinder sind fertig mit dem Studium, das Stadtpräsidium ist vorbei, der Autogaragenbetrieb verkauft. Was löst das aus?

Es ist schon eine Zäsur. Nach zwölf Jahren im Stadtpräsidium, nach 16 Jahren in der Exekutive, ist es gut und richtig, wenn man sagt: Jetzt sollen andere die Stadt gestalten. Aber es tut mir weh, die Zusammenarbeit mit den Leuten aufzugeben. Wir waren ein sehr gutes Team. Und die Stadt ist mir ans Herz gewachsen. Ich hatte nie das Gefühl, irgendetwas in dieser Stadt gehe mich nichts an. Ich habe mich immer sehr verantwortlich gefühlt. Aber gleichzeitig ist das auch eine Ehre, keine Last.



«Frau Stadtpräsidentin habe ich selten gehört.»

Wie haben die Leute Sie angesprochen? Sandra? Frau Stadtpräsidentin?

Die allermeisten haben mich mit Sandra angesprochen. Oder mit Frau Hess. Frau Stadtpräsidentin habe ich selten gehört. Titel sind wichtig im formellen Prozess, aber im Alltag braucht es das nicht.

Sie sagen, Sie sind Stadtpräsidentin für alle. Aber faktisch: Die Hälfte der Bevölkerung wohnt im Quartier Gurnigel-Weidteile, jenseits der grossen Verkehrsachse. Waren Sie dort genauso präsent?

Physisch war ich schon mehr im Städtchen und auf der Seeseite präsent. Aber planerisch lag mir das Quartier Gurnigel-Weidteile sehr am Herzen. Dort lebt ein grosser Teil der Bevölkerung, und diese Leute standen seit Jahrzehnten planerisch nie zuoberst auf der Traktandenliste. Alles wurde immer über die Diskussion um den Westast geführt. Man hat gesagt: Mit dem Westast kommen die Veränderungen. Darum hat man nichts gemacht.

Und dann kam der Westast nicht.

Genau. In dem Moment, als klar war, dass der Westast nicht kommt, ist alles zum Erliegen gekommen. Wir hatten Investoren, die Blöcke gekauft haben oder sich dafür interessierten. Die wollten renovieren, entwickeln. Und plötzlich: keine Anfragen mehr, kein Interesse. Rein planerisch ist das Quartier zurückgefallen auf den Stand von 1979. Das ist sehr bedauerlich.

Ist Nidau nach dem Westast und der Agglolac-Geschichte ein Risikopflaster für Investoren?

Die Investoren kommen schon, aber erst, wenn die baurechtlichen Grundlagen geklärt sind. Was wir bei Agglolac gemacht haben – dass wir zusammen mit dem Investor eine Vision entwickelt und diese dann in rechtliche Kleider gegossen haben –, das wird in den nächsten Jahren nicht mehr möglich sein. Die Investoren werden sagen: Sagt uns zuerst, was wir bauen dürfen. Sie entwickeln nicht mehr mit uns, sie wollen wissen, was erlaubt ist.

Was hat das zur Folge?

Es sind verpasste Chancen für Nidau. Wir müssen die Steuerkraft verbessern, um Investitionen wie Strandbadrenovation, Schulhaussanierungen und vieles mehr stemmen zu können. Ein Viertel der Steuerpflichtigen zahlt heute keine Steuern. Agglolac hätten mehr Wohnraum und neue Freizeitflächen gebracht, der Westast hätte das Quartier Gurnigel/Weidteile vom Verkehr entlastet und mehr Lebensqualität bewirkt. Nidau zahlt einen hohen Preis dafür, dass diese Planungen nicht zustande gekommen sind.



Sandra Hess trauert Agglolac heute noch nach.

Quelle: Carole Lauener

Sie haben Agglolac über Jahre vorangetrieben. Werfen Sie sich vor, die Mehrheitsfähigkeit nicht geschafft zu haben?

Nein. Ich bedaure es sehr, aber ich bin sicher, dass ich alles in meiner Macht Stehende getan habe, um aufzuzeigen, was das für ein gutes Projekt gewesen wäre. Aber man darf nicht vergessen: Es ist nicht mit grossem Mehr gescheitert, sondern mit einer einzigen Stimme im Stadtrat. Mit Stichentscheid hat man entschieden, das Projekt nicht

dem Volk vorzulegen. Das bedaure ich bis heute und kann es nach wie vor nicht verstehen.

Warum nicht?

Unsere politischen Vorgänger hatten entschieden, dass Agglolac auf jeden Fall dem Volk vorgelegt werden muss. Der später zuständige Stadtrat hat dieses Versprechen nicht gehalten und entschieden, den Entscheid dem Volk vorzuenthalten. Das finde ich demokratiepolitisch ganz schlecht.

Hat dieses Scheitern einen Paradigmenwechsel ausgelöst? Vorher wurden Sie ohne Gegenkandidatur gewählt, nachher tauchten plötzlich Gegenkandidaten auf.

Nicht gegen mich persönlich, aber gegen die Richtung, welche die Stadt eingeschlagen hatte. Bei Agglolac stand der gesamte Gemeinderat – fünf verschiedene Parteien – einstimmig hinter dem Projekt. Es ist eine Gegenbewegung entstanden, die fand: So wollen wir die Stadtentwicklung nicht. Das hat die Leute mobilisiert und politisches Engagement gefördert.

Wie geht es jetzt weiter mit der Expo-Brache?

Ich sage heute: Es wird nicht möglich sein, diesen Platz zu überbauen. Die Diskussion um Agglolac hat gezeigt, wie wichtig dieser Platz für die Öffentlichkeit geworden ist – für das Lakelive-Festival, für den Zirkus Knie, für all die anderen Veranstaltungen. Darum braucht es einen anderen Ansatz.

Was meinen Sie damit?

Die Stadt Biel soll das Land an die Stadt Nidau abtreten, für einen symbolischen Betrag, sagen wir einen Franken. Nidau macht eine Zone für öffentliche Nutzungen daraus. So ist das Lakelive, der Zirkus Knie und vieles mehr gesichert. Das Versprechen ist nicht nur

gemacht, sondern bewiesen. Der Platz bleibt frei für die Öffentlichkeit, aber drumherum kann entwickelt werden.

Das setzt voraus, dass Biel mitmacht.

Wir haben im März im Auftrag des Stadtrats einen Brief an die Stadt Biel geschickt. Seid ihr bereit, das Land zu verkaufen? Seid ihr bereit, dass wir umzonen?

Was war die Replik?

Die Antwort ist leider bis heute nicht eingetroffen.

Halten Sie es für realistisch, dass die Stadt Biel das Land verkauft?

Es wäre der einfachste Weg, weil Biel das Land gehört, aber Nidau über das Baureglement entscheidet. Deshalb müssen beide Städte immer mit der Planung und Nutzung einverstanden sein. Das macht alles viel zu kompliziert. Jetzt muss man ehrlich sein, wenn der Platz für die Öffentlichkeit wichtig ist, hat das auch für die Stadt Biel einen Preis.



*«Ich habe am Anfang unterschätzt,
wie wichtig Kommunikation, die Kraft
der Bilder und der regelmässige
Austausch mit allen Akteuren ist.»*

Wann wird es auf dieser Brache etwas Definitives geben?

Bis die planerischen Grundlagen wieder gelegt sind, sage ich – zehn Jahre.

Gab es bei diesem Projekt auch Fehler Ihrerseits?

Ich habe am Anfang unterschätzt, wie wichtig Kommunikation, die Kraft der Bilder und der regelmässige Austausch mit allen Akteuren ist. Mit der Zeit sind neue digitale Kommunikationskanäle und Austauschräume entstanden, welche von den Gegnern genutzt und auch von den Medien und der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Da waren wir viel zu passiv.

Hat man Learnings daraus gezogen?

Ja, wir haben viel in zielführende Kommunikation investiert. Der Gemeinderat informiert heute konsequent über jeden Entscheid. Dennoch hat es auch Pannen gegeben, wie zum Beispiel die Geschichte der Weihnachtsbaumdekoration vor einigen Jahren. Das ist ganz und gar nicht gut gelaufen und tut mir noch immer sehr leid.

Ihr Nachfolger Tobias Egger von der SP tritt am 1. Januar das Amt an. Wie schätzen Sie ihn ein?

Er ist schon lange in der Politik, er wird dank seiner langen Erfahrung im Stadtrat und als Vize-Stadtpräsident pragmatisch und lösungsorientiert handeln, er weiss, wie die Dinge im Hintergrund funktionieren.

Jetzt hat die SP die Mehrheit im Gemeinderat. Ist das gut oder schlecht?

Für die SP wird es spannend. Sie haben jetzt die Mehrheit im Gemeinderat. Sie können ihren Willen durchsetzen, ohne Kompromisse eingehen zu müssen. Aber sie müssen dann auch den Stadtrat oder sogar das Volk überzeugen. Deshalb ergibt es Sinn, wenn man sich im Gemeinderat unter allen Parteien grundsätzlich einig ist. Das heisst aber

nicht, dass das Parlament dem Gemeinderat automatisch folgt oder allfällige Volksabstimmungen gewonnen werden.

Sprechen Sie aus Erfahrung?

Genau, wir haben das beim Mehrwertabschöpfungsreglement erlebt. Der Gemeinderat wollte keines, bekam aber den Auftrag vom Stadtrat, eines auszuarbeiten. Ein Jahr wurde an einem pragmatischen Vorschlag getüftelt. Schlussendlich hat es das Volk aber wuchtig verworfen. Von daher sollte man nur anpacken, Geld und Arbeit investieren, was einem wirklichen Bedürfnis entspricht.

Sie bleiben Grossrätin und FDP-Kantonalpräsidentin. Die FDP im Kanton Bern verliert seit Jahren Wähleranteile. Was ist das Problem?

Die Wirtschaft als Ganzes hat irgendwo verpasst, immer wieder zu zeigen, wie wichtig sie für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit ist. Eine funktionierende Wirtschaft wird als selbstverständliches Grundrauschen angeschaut – die KMU, die Betriebe, die gibt es einfach immer. Das halte ich für gefährlich. Und ich gebe zu: Wir als FDP haben vielleicht zu wenig die Themen aufgenommen und angesprochen, welche die Leute bewegen.

Im März stehen kantonale Wahlen an. Was ist Ihr Plan?

Wir fahren im Kanton mit dem Slogan «Bern wählt Freiheit», der dann von den verschiedenen Wahlkreisen auf spezifische Themen zugeschnitten werden kann. Einige setzen auf Wirtschaft, andere auf Innovation. Auf Kantonsebene liegt unser Fokus aber – auch durch Sicherheitsdirektor Philippe Müller – auf «Bern wählt Sicherheit». Die Krawalle, wie wir sie in Bern hatten, beschäftigen die Leute, genauso auch die ganzen Migrations- und Asylthemen.

Sicherheit, Migration, Krawalle... Das sind doch typische SVP-Themen.

Es stört mich sehr, wenn man sagt: Sobald es Migrationsthemen sind, ist es SVP. Sobald es soziale Themen sind, ist es SP. Letztlich sind das alles Fragen, die jede Partei aufnehmen muss. Ich finde es sehr falsch, dass man die Migrationsthemen der SVP überlassen hat. Das sind Kernthemen der Bürgerinnen und Bürger. Es wäre falsch, sie nicht aufzunehmen.

Was ist mit Themen wie der Energiewende?

Ich befürworte Windkraftanlagen im Seeland, was typischerweise den Grünen zugeschrieben würde. Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, brauchen wir mehr Solaranlagen, Windräder, Staumauern oder Flusskraftwerke. Das heisst nicht, dass man die Interessen der Bevölkerung und der Natur ignoriert. Aber es gibt nie schwarz-weiße Lösungen. Und Windräder können wir auch wieder abbauen, wenn wir eine bessere Lösung haben.

Bleiben wir noch kurz bei der Migration. Nächstes Jahr steht die Abstimmung zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» der SVP an. Die FDP hat sich klar dagegen ausgesprochen. Ist das in Ihrem Sinn?

Absolut. Ich glaube, es ist der falsche Weg. Die grossen Herausforderungen unserer Zeit hat man noch nie gelöst, indem der Staat Begrenzungen festgelegt hat. So schränkt man den Markt ein. Und das darf nicht passieren in einer Schweiz, die von einer funktionierenden Wirtschaft lebt.

↖↗
↙↘

Plant Sandra Hess einen baldigen Einzug in den Nationalrat?

Quelle: Carole Lauener

Beim Europadossier hat sich Nationalrat Christian Wasserfallen als Gegner der Verträge positioniert. Wie gehen Sie als Parteipräsidentin damit um?

Das gehört dazu, es ist seine persönliche Meinung, diese wird er auch weiterhin sagen.

Zum Freisinn gehört Austausch und Meinungsvielfalt. Die Entscheidung der Delegiertenversammlung war deutlich, um diese Klarheit bin ich sehr froh.

Sie selbst waren für die Verträge – aber mit Ständemehr. Wie schlimm ist es, dass die FDP das Ständemehr nicht wollte?

Ich habe mich klar geäussert. Die Mehrheit der Delegiertenversammlung hat anders entschieden, und das ist zu akzeptieren. Aber aus meiner Sicht: Ich hatte keine Angst vor dem Ständemehr. Es gibt sowieso einen Abstimmungskampf, das Referendum wird ergriffen. Wenn man von Anfang an sagt, wir haben keine Angst vor dieser Diskussion, wir werfen uns ins Zeug – das hätte ich einfacher gefunden.

Wie geht es für Sie persönlich weiter? Ist die nächste Station der Nationalrat? Christian Wasserfallen hat schon 20 Jahre auf dem Buckel und Sie liegen auf dem ersten Ersatzplatz.

Ein Nachrutschen kann ich nicht verkünden. (*lacht*) Aber es ist unser Ziel, den 2023 verlorenen Sitz wieder zurückzuholen. Ich werde mich in diesen Kampf werfen, und ziemlich sicher auch wieder mit Christian Wasserfallen.

Er hängt noch eine fünfte Legislatur an?

Das wäre möglich und ist daher im Moment die Ausgangslage.

Wäre eine Amtszeitbeschränkung ein Thema?

Bisher hatten wir keine. Neu wird es eine Beschränkung auf 16 Jahre auf kantonaler Ebene geben. Für Nationalrat, Ständerat, Regierungsrat und partiinterne Gremien. Für Bisherige gibt es aber Übergangsregelungen. Christian Wasserfallen kann noch eine Legislatur anhängen.

Sie wollen den zweiten Sitz wieder zurückholen. Ist das realistisch?

Es ist eine grosse Herausforderung, vor allem weil der Kanton Bern einen Sitz verliert. Aber das stachelt uns an. Ich bin überzeugt, dass in einer Zeit, in der die Polarisierung zunimmt, der Freisinn eine andere Aufmerksamkeit bekommt. Viele Leute haben genug von diesem Schwarz-Weiss, von diesem Richtig-oder-Falsch. Der Liberalismus sagt: Die Leute sollen ihr Leben so frei wie möglich selbst gestalten. Die Antworten liegen nie an den Polen.

Wofür würden Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Ich will mich gegen die Tendenz wehren, dass man immer mehr auf Bundesebene regelt und den Kantonen und Gemeinden wegnimmt. Ich bin überzeugt, dass der Föderalismus ein wichtiger Pfeiler der Stärkung der Demokratie ist.

Tempo 30 zum Beispiel?

Ja. So sehr ich verstehe, warum man das national regeln wollte – jede Gemeinde muss für sich entscheiden, was sinnvoll ist. Natürlich muss man überregional reden, die Verkehrsplanung hört nicht an der Gemeindegrenze auf. Aber meistens sind die Probleme dieselben, und man findet Lösungen. Es ist manchmal anstrengend, und manchmal unterliegt man. Aber das ist der Garant einer stabilen Demokratie. Die

Gemeinden wissen, was richtig ist für ihr Volk. Und wenn das Volk findet, der Gemeinderat habe falsch entschieden – alle vier Jahre sind Wahlen.

Föderalismus ist nicht sexy, auch in Bezug auf die anstehenden Wahlen.

Ja, und wir sind eine Gesellschaft von einfachen Botschaften geworden. Die Medien wollen klare Aussagen, klare Positionen. Die sozialen Medien sowieso – maximal drei Sätze, weiter wird nicht gelesen. Es ist wahnsinnig schwierig, Lösungen so zu verkaufen, dass sie medienwirksam sind.

Wie platziert man als Pragmatikerin Botschaften in einer populistischen Welt?

Man muss es auf den Punkt bringen. Früher sagte ich bei der Expo-Brache: Wir müssen mit Biel reden. Heute sage ich: Verkauft uns das Land für einen Franken. Man muss klarer werden.

Gab es in den zwölf Jahren Momente, in denen Sie dachten: «Ich halte das nicht mehr aus, ich kann nicht mehr?»

Ich habe mir das Recht herausgenommen, öfters wegzufahren und im Sommer drei Wochen Ferien zu machen, nicht erreichbar zu sein. So konnte ich die Batterien ab und zu aufladen und habe so auch nie die Motivation oder die Kraft verloren.

Aber schlaflose Nächte gab es schon?

Definitiv. Die ganze Geschichte um die Seewassernutzung, bis das Fernwärmennetz endlich realisiert wurde – dieser Weg war extrem anstrengend. Da hatten Stadt- und Gemeinderat wirklich Krach. Das war das erste Mal, dass ich dachte: Jetzt steht ein Projekt an einem Scheideweg. Wenn es jetzt falsch geht, dann wird es richtig teuer. Solche Sachen haben mich manchmal nicht schlafen lassen.